

Aktuelles aus dem Parlament

Nr. 9/2011

2. Oktober 2011

Euro-Stabilisierung liegt im ureigensten Interesse Österreichs

Grund für die jüngste Sitzung des Nationalrats war der Beschluss des Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetzes. Mit diesem Gesetz stimmt Österreich der Ausweitung des "Euro-Rettungsschirms" zu.

Diese Maßnahme ist nicht populär, aber sie ist notwendig. Sie liegt auch im Interesse Österreichs. Denn wenn verhindert werden soll, dass es zu einer unkontrollierten Ausbreitung der Schuldenkrise im Euro-Raum kommt, müssen die entsprechenden Vorkehrungen getroffen werden.

Es geht nicht nur um Griechenland. Es geht insgesamt um die Stabilität unserer Währung, unser Geld, unsere Sparguthaben, unsere Pensionen. Je stärker die Euro-Staaten gemeinsam vorgehen, umso stärker sind sie gegen Finanzspekulationen gewappnet, die einzelne Staaten ins Visier nehmen.

Das gestern beschlossene Gesetz bewirkt keine unmittelbaren Auszahlungen, sondern ermächtigt zur Haftungsübernahme im Anlassfall. Durch die Erhöhung des EU-Haftungsrahmens auf 780 Milliarden Euro erhöht sich der Österreich-Anteil von 15 Milliarden auf 21,6 Milliarden Euro an Haftungen.

Natürlich steht Griechenland weiter in der Pflicht, sein Reformprogramm durchzuziehen. Darauf wird die österreichische Bundesregierung auch in Zukunft genau achten. Eine Pleite Griechenlands würde auch in Österreich schweren wirtschaftlichen Schaden anrichten. Darum müssen rechtzeitig Gegenmaßnahmen wie der Euro-Rettungsschirm gesetzt werden, um das zu verhindern.

Berichterstattung darf nicht käuflich sein

In der gestrigen Sitzung musste auch Bundeskanzler Faymann Rede und Antwort zu seinen umstrittenen Inseratenvergaben stehen. Er soll auf ÖBB und ASFINAG Druck ausgeübt haben, Inserate in befreundeten Medien zu schalten, um sich selbst dadurch mediales Wohlwollen zu erkaufen. Bekanntlich ermittelt bereits die Staatsanwaltschaft gegen Faymann und seinen Staatssekretär Ostermayer wegen des Verdachts der Untreue und Nötigung.

Die ÖVP hat darauf bestanden, dass dieses Thema auch im kommenden Untersuchungsausschuss des Nationalrats unter die Lupe genommen wird. Es wird dort also nicht nur um Telekom-Zahlungen und andere Ungereimtheiten gehen, sondern auch um die Inseratenaffäre. Klarheit zu schaffen, liegt im Interesse der gesamten Politik. Denn Korruption und Freunderlwirtschaft schaden dem Ansehen aller Politiker und aller Parteien.

Die unzulässige Verquickung von Geld, Politik und Medien sollte meiner Meinung auch im Burgenland verstärkt zum Thema werden. Berichterstattung darf nicht käuflich sein - dieser Grundsatz sollte auf allen Ebenen beherzigt werden.

Mit den besten Wünschen

Franz Glaser
Abgeordneter zum Nationalrat